

Aus der Landesgeschäftsstelle

| | |
|--|------|
| <u>Diakonie aktiv beim Katholikentag</u> Information, Aktion und Brot-für-die Welt-Mobil mit Kaffee im Schlossgarten | S. 2 |
| <u>40 Jahre Betriebliche Suchtkrankenhilfe</u> Diakonie Württemberg qualifiziert Menschen für betriebliche Suchthilfe und –prävention | S. 3 |
| <u>Schüler der Kirbachschule überreichen Spendenscheck auf dem Sportplatz</u> Schülerinnen und Schüler der Grund- und Werkealschule in Hohenhaslach spenden 14.680 Euro | S. 4 |
| <u>#pflegebraucht aufwind: Tag der Pflege 2022</u> Luftballon-Start im Diakonischen Werk Württemberg | S. 5 |
| <u>Der Bluttest auf Trisomien: Zerreißprobe für werdende Eltern und Gesellschaft</u> Veranstaltung zum Nicht-invasiven Pränataltest | S. 6 |
| <u>Ernste Bemühungen und offene Baustellen</u> Ein Jahr grün-schwarze Landesregierung – eine sozialpolitische Bilanz | S. 7 |
| <u>Psychologische Online-Beratung</u> Onlineberatungsportal jetzt mit erweitertem Beratungsangebot | S. 8 |

Aus den Regionen

| | |
|--|-------|
| <u>Impfpflicht für alle oder für niemand</u> Diakonie Stetten fordert, die einrichtungsbezogene Impfpflicht auszusetzen | S. 9 |
| <u>Gebt der Pflege das Lächeln zurück!</u> Heimstiftung fordert Eigenverantwortung und Normalität für Pflegeheime | S. 11 |
| <u>Die Engel der Diakonieschwesterschaft</u> Evangelische Diakonieschwesterschaft Herrenberg- Korntal startet Fotoprojekt | S. 12 |
| <u>Mariaberg feiert 175-jähriges Jubiläum</u> Festgottesdienst mit Landesbischof July und Oberkirchenrätin Noller | S. 13 |
| <u>„Es war mir eine Freude, für die Menschen der Erlacher Höhe zu arbeiten.“</u> Erlacher Höhe verabschiedet Vorstand Bernd Messinger | S. 15 |

Kurznachrichten S. 17

Personalnachrichten S. 18

Diakonie aktiv beim Katholikentag

Interaktive Mitmachangebote, kostenlosen Kaffee und Liegestühle am See – das alles und noch viel mehr bot die Diakonie Württemberg den Besucherinnen und Besuchern des Katholikentags. Die Stände befanden sich in der Nähe des Stuttgarter Eckensees zwischen dem Neuen Schloss und dem Landtag.

Stuttgart. „Wir freuen uns sehr, dass wir als die soziale Arbeit der evangelischen Kirche unsere Aktivitäten auf dem Katholikentag präsentieren – das ist gelebte Ökumene“, sagt Oberkirchenrätin Dr. Annette Noller, Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg.

Am Stand auf der Kirchenmeile im oberen Schlossgarten gab es Informationen und Aktionen zur Integrations- und Quartiersarbeit, die Vorstellung der Vesperkirche, die in Stuttgart ihren Anfang nahm, oder einen Entscheidungsparcours zu Freiwilligendiensten und Berufen in der Diakonie. Am Ende wartete nicht nur Gewissheit auf die Besucherinnen und Besucher, sondern weitere Infos und Entspannung an der Campbar.

Die Internationale Abteilung der Diakonie Württemberg war mit vielen kreativen Angeboten vertreten. Das Motto des Aktionsjahres zum Internationalen Tag der Gerechtigkeit „An einem Tisch“ lud Gäste ein, Tische zum Thema Gerechtigkeit zu gestalten und miteinander ins Gespräch zu kommen. Am Brot-für-die-Welt-Mobil gab es fair produzierte und gehandelte Heißgetränke wie Kaffee und Kakao sowie Informationen zu den Themen weltweite Gerechtigkeit, Ernährung, Wasser oder Klimawandel.

Am Freitag ging es mit einer Promille-Brille im Zickzack durch einen Go-Kart-Parcours, es gab alkoholfreie Drinks und für angeregte Gespräche und Erfahrungsberichte standen Betroffene und Angehörige der Suchtselbsthilfe sowie Hauptamtliche aus Kliniken und Beratungsstellen bereit.

Ebenfalls am Freitag gab es einen Ökumenischen Gottesdienst mit Agapefeier in der Leonhardskirche. Er hatte das Motto „Dieser nimmt Sünder an und isst mit ihnen“ (Lukas 15,2) und wurde mitveranstaltet vom Evangelischen Diakoniefarramt Stuttgart.

Weitere Informationen: Martin Schwarz,
Abteilungsleiter Theologie und Bildung, Tel.: 0711 1656-267,
E-Mail: schwarz.m@diakonie-wuerttemberg.de

40 Jahre Betriebliche Suchtkrankenhilfe

Seit 40 Jahren qualifiziert die Diakonie Württemberg Menschen für betriebliche Suchthilfe und -prävention und bildet Ehrenamtliche für die Mitarbeit in Sucht- und Selbsthilfe aus.

Stuttgart. Zum Jubiläum gab es den Fachtag „Betriebliche Suchtprävention – neu denken!?!“, zusammen mit den Kooperationspartnern aus Betrieben und Behörden und den Vertretern der Mitgliedseinrichtungen. „Mit der Qualifizierung von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern Suchtprävention leisten wir als Verband einen wichtigen Beitrag zur Hilfe und Prävention am Arbeitsplatz“, sagte Oberkirchenrätin Annette Noller, Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg. Sie dankte für 40 Jahre gute Kontakte in der Suchthilfe und den Betrieben. Mit vielen Unternehmen aus Wirtschaft und Dienstleistung, Behörden und Ämtern habe die Diakonie Württemberg in den vergangenen 40 Jahren eine gute Kooperation aufgebaut. Die Ausbildung habe sich zur „Marke“ entwickelt, es gebe verstärkte Nachfrage aus Groß- und mittleren Betrieben, mittlerweile zunehmend aus Verwaltungen und Behörden. Als neues Angebot nannte sie die Zusatzqualifikation zur „Ansprechperson psychische Gesundheit“.

Ministerialdirigent Dr. Thilo Walker vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg lobte die betriebliche Suchtprävention als wichtigen Bestandteil in der Suchthilfe, weil die Hilfen in den Lebenswelten der Menschen ankämen, zu der die Arbeitsstelle maßgeblich zähle. Statements von der Firma Kärcher und der Polizei verdeutlichten, dass Ansprechpartner im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements als fester Bestandteil integriert sind.

Dr. Elisabeth Wienemann, Bremen, sagte in ihrem Vortrag, dass es Anfänge der betrieblichen Suchthilfe bereits in den 70er Jahren gegeben hat, damals hätten Firmen erste Betriebsvereinbarungen abgeschlossen. Die Referentin betonte, dass ein nebenamtlicher Einsatz von Suchthelfern den Erwerb von Kompetenzen und Qualifizierung voraussetzt. Ausbildungen gebe es seit ca. 1980), Programme zur Suchtprävention ab den 2000er Jahren – in den USA bereits 1949. Notwendig sei auch die Entwicklung von Konzepten zur betrieblichen Gesundheitsförderung (SGB V + IX) gewesen.

Das Improvisationstheater „Wilde Bühne“ sorgte für gute Unterhaltung und – unter Einbeziehung des Publikums – für „Lachmuskeltraining“.

Neben der Ausbildung von Gruppenleitern für die Selbsthilfe gibt es eigenständige Seminare, die speziell auf die Anforderungen der Suchthilfe am Arbeitsplatz ausgelegt sind. Daneben richten sich die Anstrengungen der Suchthilfe im Bereich der Prävention und der betrieblichen Suchtarbeit auf die Aufklärung über Risiken von Suchtmittelkonsum, die Wahrnehmung von Suchtproblemen und geeignete Interventionsformen für Führungskräfte und im kollegialen Bereich. Ziel ist die Motivation zur Veränderung und die Unterstützung Betroffener zu einem gesundheitsbewussten Verhalten.

„Betriebliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner SuchtPrävention“ sind Teil des Gesundheitsmanagements im Betrieb, bauen den Kontakt zu betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf und motivieren für Hilfeangebote. Zudem sind sie Multiplikatoren, die eine zeitnahe und kollegiale Beratung ermöglichen und sie bieten präventive und gesundheitsfördernde Maßnahmen an. Die Dienst- oder Betriebsvereinbarung „Sucht“ gibt den Rahmen für den Umgang mit den betroffenen Personen und regelt die Vorgehensweise bei Auffälligkeiten. Dabei spielt die Früherkennung und frühe Interventionen seitens der Führungsebene eine wichtige Rolle. Ein zentrales Ziel ist es, die Arbeitsfähigkeit, den Arbeitsplatz und damit die gesellschaftliche Teilhabe zu erhalten und die Existenzgrundlage des Einzelnen oder der Familie zu sichern. Die Betriebe profitieren davon, ihre qualifizierten Fachkräfte und langjährig Beschäftigten zu erhalten. Auch kleinen und mittleren Betrieben bekommen so Zugang zum Suchthilfesystem.

Die Suchthilfe in der Diakonie Württemberg wird von Beratungs- und Behandlungsstellen und stationären Einrichtungen geleistet. Sie bietet eine Palette an Hilfen für Betroffene und deren Angehörige, wie niederschwellige Hilfen in Kontaktläden, Beratung, unterschiedliche Formen der Behandlung und der Nachsorge.

Weitere Informationen: Thomas Stürmer, Abteilungsleiter Landkreis- und Kirchenbezirksdiakonie, Existenzsicherung, Tel.: 0711 1656-117, E-Mail: stuerner.t@diakonie-wuerttemberg.de

Schüler der Kirbachschule überreichen Spendenscheck auf dem Sportplatz

Schülerinnen und Schüler der Grund- und Werkrealschule (Klassen 1 bis 10) der Kirbachschule in Hohenhaslach haben einen Spendenscheck von 14.680 Euro an die Diakonie Württemberg und die Bietigheimer Zeitung überreicht. Das Geld erhielten sie über einen Spendenlauf. Unterstützt werden je zur Hälfte Naomi – eine ökumenische Werkstatt in Thessaloniki und deren Projekt Food boxes für Familien mit Kindern, die auch nach ihrer Anerkennung auf Asyl keine finanziellen Hilfen vom griechischen Staat erhalten – und die Ukraine-Hilfe der Bietigheimer Zeitung für „Menschen in Not“. Der Spendenlauf fand bereits im April statt.

Hohenhaslach/Stuttgart. „Ich bin beeindruckt vom Engagement der Schülerinnen und Schüler“, sagt Matthias Rose von der Abteilung Migration und Internationale Diakonie, der den Scheck für die Diakonie Württemberg entgegennahm. „Wenn wir gemeinsam Friedensnetze auch über Länder hinweg knüpfen, können wie viel bewirken.“

Von der Kirbachschule in Hohenhaslach bis zur ökumenischen Nähwerkstatt Naomi in Thessaloniki sind es 1.900 Kilometer. Bei einem Spendenlauf legten die Schülerinnen und Schüler etwa 1.500 Kilometer in mehr als 500 Runden zurück. Sie erreichten damit fast dreiviertel der Strecke zwischen Hohenhaslach und Thessaloniki.

Zum Start des Spendenlaufes sangen die Schülerinnen und Schüler den „Friedensmaler“ von Fredrick Vahle in vier Sprachen, bevor Bürgermeister Holger Albrich nach einer kurzen Ansprache den Startschuss gab. Bis zu 31 Runden, was etwa 9,3 Kilometern entspricht, liefen die Kinder und Jugendlichen in 45 Minuten unter dem Motto „WIR – Laufen für den Frieden“, darunter auch geflüchtete Kinder aus der Ukraine. Im Schnitt wurden in den 45 Minuten 5,1 Kilometer (entspricht 17 Runden) geschafft. Im Vorfeld suchte sich jedes Kind Sponsoren aus dem familiären Umfeld.

Die Ökumenische Werkstatt für Flüchtlinge Naomi ist eine gemeinnützige Gesellschaft nach griechischem Recht und langjährige Partnerorganisation des Diakonischen Werks Württemberg. Sie hat ihren Sitz in Thessaloniki. Naomi bietet eine Ausbildung in der Textilakademie, Notfallhilfen und einen „Safe Space“ für Frauen und Kinder. Außerdem werden Textilien der Idomeni produziert – Linie für Bazare, Märkte und Festivals sowie Shirts und Hoodies für Gemeindegruppen. Das Team besteht aus acht Hauptamtlichen, zwölf Freiwilligen und neun externen Mitarbeitenden. Gehälter und Mieten werden durch Zuschüsse der Landeskirchen im Rheinland und Hessen, der Diakonischen Werke von Baden und Württemberg bzw. durch die Aktion „Hoffnung für Osteuropa“ und über „Brot für die Welt“ finanziert. Notfallhilfen werden durch private Spenden und Kollekten ermöglicht.

Zum [Projekt Naomi](#).

Weitere Informationen: Dr. Birgit Susanne Dinzinger, Abteilungsleiterin Migration und Internationale Diakonie, Tel.: 0711 1656-377, E-Mail: dinzinger.b@diakonie-wuerttemberg.de

#pflegebrauchtaufwind: Tag der Pflege 2022

In den zwei Jahren der Corona-Pandemie haben die Pflegenden mit großem Einsatz pflegebedürftige Menschen begleitet, gepflegt, versorgt und geschützt. Zum „Internationalen Tag der Pflege“ am 12. Mai rief die Diakonie Württemberg dazu auf, den Einsatz von Pflegenden zu würdigen und ihre Forderungen ernst zu nehmen.

Stuttgart. „Die Pflegenden verdienen Respekt, Wertschätzung, Anerkennung und endlich bessere Arbeitsbedingungen – die Pflege braucht Aufwind“, sagt Oberkirchenrätin Dr. Annette Noller, Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg. Diesen Aufwind könne die Pflege auch durch eine höhere Sichtbarkeit von Pflege in der Gesellschaft bekommen. Auch die gesellschaftliche und politische Gleichwertigkeit der Pflege in allen Disziplinen sei zielführend. Es brauche endlich eine Parität zwischen Krankenhaus und Altenhilfe. Die jüngst angekündigten Corona-Bonuszahlungen zeigten hier eine andere Entwicklung.

Dr. Kornelius Knapp, Vorstand Sozialpolitik der Diakonie Württemberg, verweist auf notwendige Weichenstellungen für die Zukunft: „Der Pflegeberuf muss noch attraktiver gestaltet werden. Wir setzen uns dafür ein, damit junge Menschen einen pflegerischen Beruf ergreifen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pflege gerne weiterarbeiten.“

In einer von der Diakonie Deutschland und dem Deutschen Evangelischen Verband für Altenarbeit und Pflege (DEVAP) initiierten Social-Media-Aktion unter dem Motto „#pflegebrauchtaufwind“ wurden passend zum Motto Luftballons vom Dach der Landesgeschäftsstelle steigen gelassen. Auf kleinen Karten wurden Wünsche und Forderungen geschrieben und an heliumgefüllten Ballons von den Mitarbeitenden in den Himmel geschickt. So wurde der Pflege symbolisch „Aufwind“ verliehen. Die Luftballons sind plastikfrei und biologisch abbaubar. Über die sozialen Netzwerke beteiligten sich weitere Einrichtungen der Diakonie Württemberg.

Der internationale „Tag der Pflege“ (auch „Tag der Krankenpflege“, „International Nurses Day“) findet immer am 12. Mai statt. Er wird in Deutschland seit 1967 veranstaltet. Dieses Jahr lautete das Motto der Diakonie in Deutschland „#pflegebrauchtaufwind“.

Weitere Informationen: Gabriele Hönes, Abteilungsleiterin Gesundheit, Alter, Pflege, Tel.: 0711 1656-264, E-Mail: hoenes.g@diakonie-wuerttemberg.de.

Der Bluttest auf Trisomien: Zerreißprobe für werdende Eltern und Gesellschaft

Unterschiedliche Professionen erläuterten die Chancen, Risiken und Grenzen des mütterlichen Bluttests auf Trisomie 13, 18 und 21. Dieser steht schwangeren Frauen ab Juli 2022 als Kassenleistung zur Verfügung. Was dies für werdende Eltern bedeuten kann und welche Fragen dies für unsere Gesellschaft aufwirft, wurde bei der digitalen Veranstaltung „Der Bluttest auf Trisomien: Zerreißprobe für werdende Eltern und Gesellschaft“ in mehreren digitalen Räumen diskutiert. Dabei wurde die ethische, die medizinisch-fachliche und die Elternperspektive näher beleuchtet. Alle Beteiligten waren sich einig, dass Inklusion in unserer Gesellschaft weiter vorangebracht werden muss.

Stuttgart. Oberkirchenrätin Annette Noller, Vorstandsvorsitzende Diakonie Württemberg, sieht in der Kassenfinanzierung des Bluttests grundlegende Werte in unserer Gesellschaft berührt – Werte zu Beginn des Lebens und Werte hinsichtlich Krankheit und Behinderung. Sie sieht die Verantwortung der Gesellschaft darin, zu signalisieren, dass jede und jeder willkommen ist und werdende Eltern nicht alleine gelassen werden.

„Der Bluttest untergräbt das Vertrauen in das Leben“, so Thomas Maier, Direktor der Missionschule Unterweissach. Er berichtet aus eigener Erfahrung, dass gerade auch die Unterstützung aus dem nahen Umfeld für die werdenden Eltern essentiell wichtig ist.

Auch Daniela Rinderknecht, Referentin der PUA- Fachstelle, kann in dem Suchtest auf Chromosomenveränderungen keinen medizinischen Nutzen sehen, da er keine Behandlungsmöglichkeiten eröffnet. Außerdem erschwert die Finanzierung durch die Solidargemeinschaft das Treffen von selbstbestimmten Entscheidungen.

„Der Bluttest auf Trisomien als Kassenleistung stellt eine große Herausforderung an die Beratung in der Frauenarztpraxis dar“, meint Dr. Christine Nietschke, Fachärztin für Gynäkologie und Geburtshilfe Pforzheim. Innerhalb kurzer Zeit muss sehr klar herausgearbeitet werden, für wen dieser Test wann sinnvoll sein kann und wozu.

Gabriele Holzwarth, Schwangerenberaterin Ludwigsburg, befürchtet einen Erwartungsdruck zur Durchführung des Tests unabhängig von individuellen Risiken und sorgt sich um einen entstehenden Rechtfertigungsdruck auf Eltern, die sich für ein Kind mit Behinderung entscheiden.

Ines May, Mutter eines 5-jährigen Jungen mit Down- Syndrom, glaubt, es gibt so viele Vorurteile gegen Menschen mit Behinderung, weil es zu wenig Begegnung im Alltag gibt. Sie ist überzeugt mehr Inklusion im Alltag würde Barrieren abbauen.

Prälat Ralf Albrecht aus Heilbronn beschloss den Abend mit einem Resümee. Darin betonte er die unverlierbare Würde eines jeden Menschen. Die Herausforderung bestehe darin, dies auch an den absoluten Rändern des ganz frühen und ganz späten Lebens in aller Ratlosigkeit durchzubuchstabieren. Anstelle von Zugzwang, sozialem Druck und ökonomisch effizienter Sichtweise brauche es die Botschaft: „Du bist geliebt. Du bist getragen. In schwierigen Situationen stehen wir zum Leben.“

Weitere Informationen: Thomas Stürmer, Abteilungsleiter Landkreis- und Kirchenbezirksdiakonie, Existenzsicherung, Tel.: 0711 1656-117, E-Mail: stuermer.t@diakonie-wuerttemberg.de

Ernste Bemühungen und offene Baustellen

Caritas und Diakonie in Baden-Württemberg fordern von der Landespolitik mehr Einsatz bei der Umsetzung der sozialpolitischen Ziele aus dem Koalitionsvertrag.

Stuttgart/Karlsruhe/Freiburg. Knapp ein Jahr nach der Unterzeichnung des Vertrags mit dem Titel „Jetzt für morgen – der Erneuerungsvertrag für Baden-Württemberg“ durch die Koalitionäre und heutigen Regierungspartner BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU seien noch nicht alle versprochenen Wege begonnen worden, um den erforderlichen Umbruch und Wandel so zu gestalten, „dass er möglichst allen Menschen im Land dient“. Gleichzeitig sehe man Bewegung und Bemühungen in vielen Arbeitsfeldern, sagten die Vorständinnen und Vorstände von Diakonie und Caritas heute vor Medienvertreter*innen. Dies werte man als gutes Zeichen. Als gesamtgesellschaftlich besonders dringlich benannten die vier kirchlichen Wohlfahrtsverbände die Themen Armut, Migration, Wohnen und Pflege.

Diözesan-Caritasdirektorin Dr. Annette Holuscha-Uhlenbrock, Vorständin des Caritasverbandes der Diözese Rottenburg-Stuttgart, forderte deutlich mehr Anstrengungen zur Bekämpfung der Armut in Baden-Württemberg. Die Lebenslage für von Armut betroffene Menschen in Baden-Württemberg habe sich auch im ersten Regierungsjahr von Grün-Schwarz nicht verbessert, so Holuscha-Uhlenbrock. "Hinzu kommt der Ukraine-Krieg, der ärmere Menschen durch Teuerungen ganz besonders belastet. Sie haben keinen Puffer", resümierte die Caritasdirektorin. Trotz dieses Defizits seien Maßnahmen wie das Paket „STÄRKER nach Corona“ und der Ausbau von Präventionsnetzwerken positiv hervorzuheben.

Der Bereich Flucht und Migration erfahre zurzeit eine hohe Aufmerksamkeit aufgrund der aktuellen Kriegssituation in der Ukraine, so Oberkirchenrat Urs Keller, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Baden. „Schon im vergangenen Jahr waren die wichtigen Eckpfeiler für die Politik klar. Diese müssen jetzt prioritär behandelt werden. Nachhaltige Lösungen sind erforderlich. Langfristig werden so Strukturen für eine effektive Integration geschaffen.“ Keller betonte, dass gute Integrationskonzepte und Ansätze gerade im Licht der aktuellen Flüchtlingssituation gestärkt werden sollten.

„Die Wohnungsfrage ist zu einer zentralen Frage sozialer Gerechtigkeit geworden. Alle Menschen mit ausreichendem und menschenwürdigem Wohnraum zu versorgen, ist deshalb eine herausragende sozialpolitische Aufgabe“, erklärte Oberkirchenrätin Dr. Annette Noller, Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg, in ihrem Statement zum Themenfeld Wohnen. Der Koalitionsvertrag nenne Housing-First-Modellprojekte als Lösungsansatz. Diese seien aus Sicht der Wohlfahrtsverbände jedoch keine alleinige Lösung, um die Wohnungslosigkeit zu bekämpfen. Diakonie und Caritas forderten vielmehr eine neue soziale Wohnraumpolitik. Eine Hinwendung zu Mehrgenerationenhäusern sowie eine verpflichtende Quote zur Schaffung von Sozialwohnraum sei geboten.

Unter dem Leitsatz „Die Pflege zukunftssicher machen“ mahnte Diözesan-Caritasdirektorin Birgit Schärer, Vorständin des Caritasverbandes für die Erzdiözese Freiburg, die Aufrechterhaltung der Gesundheits- und Pflegeinfrastruktur an. „Durch die vergangenen zwei Jahre ist diese Verlässlichkeit und Funktionstüchtigkeit empfindlich belastet worden“, so die Diözesan-Caritasdirektorin. Wichtig sei eine zukunftssichere Gestaltung der Gesundheits- und Pflegestrukturen. Von der Politik erwarte man eine Fachkräfteoffensive für Sozial- und Gesundheitsberufe.

Insgesamt seien in allen Handlungsfeldern Entwicklungen im Rahmen der Versprechen des Koalitionsvertrags zu sehen, so die vier kirchlichen Wohlfahrtsverbände. Man erwarte gleichzeitig, dass offene Zusagen eingehalten werden. Dazu sei an mancher Stelle noch deutlich mehr Engagement nötig. Die Wohlfahrtsverbände in Baden-Württemberg stünden dabei als Impulsgeber und Diskussionspartner bereit. Man sehe das Potenzial, dass in dieser Legislaturperiode noch gemeinsam mit den Regierungsparteien wichtige Wege für ein sozial gerechteres Baden-Württemberg eingeschlagen werden könnten.

Weitere Informationen: Claudia Mann, Pressesprecherin,
Tel.: 0711 1656-334, E-Mail: mann.c@diakonie-wuerttemberg.de

Psychologische Online-Beratung

Das digitale Beratungsportal der Diakonie Württemberg ermöglicht seit über einem Jahr Beratung zu unterschiedlichen Themen übers Internet. Mit der psychologischen Beratung gibt es ab sofort ein weiteres Beratungsangebot.

Stuttgart. „Wir freuen uns, dass wir Menschen, die sich in einer Lebenskrise befinden, einen digitalen, also leicht zugänglichen Zugang zur Beratung anbieten können“, sagt Oberkirchenrätin Dr. Annette Noller, Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg. Eine psychische Belastung könne den Weg zu einem ersten, persönlichen Termin vor Ort erschweren.

Die Anlässe für eine Beratung können Probleme in der Beziehung oder Familie sein, psychische Belastungen auch bei Lebensübergängen wie Trennung und Trauer, Stresssituationen, Erziehungsprobleme, Verlust von nahestehenden Menschen, Einsamkeit, Ängste, das Gefühl der Überforderung oder seelisch bedingte körperliche Beschwerden. Ratsuchende können das neue Angebot unter www.dww-psychologischeberatung.de nutzen.

Mehr als 60 fachlich qualifizierte Beraterinnen und Berater in ganz Württemberg haben sich bisher zusätzlich schulen lassen, um Menschen auch digital ein Beratungsangebot zu machen. Neben der psychologischen Beratung besteht bereits ein digitales Beratungsangebot der Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung, der Suchthilfe und der Sozial- und Lebensberatung.

Seit kurzem zeigt sich das Portal auch in einem neuen Layout. Die Darstellung und Handhabung des Angebots ist übersichtlicher geworden. Dadurch können die Ratsuchenden schneller online einen Beratungstermin buchen oder eine Mailanfrage stellen. Außerdem ist der Internetauftritt nun weitgehend barrierefrei und die Webseite ist mit den Anforderungen der Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung (BITV) größtenteils vereinbar. Barrierefreie Softwareentwicklung bedeutet, dass eine Oberfläche so gestaltet ist, dass sie für alle Menschen – auch für Menschen mit Behinderungen oder anderen körperlichen Einschränkungen – bedienbar ist.

Das gesamte Angebot der Onlineberatung findet sich im Internet unter www.dww-beratung.de. Der Dienst ist für die Nutzerinnen und Nutzer kostenfrei.

Weitere Informationen: Thomas Stürmer, Abteilungsleiter Landkreis- und Kirchenbezirksdiakonie, Existenzsicherung, Tel.: 0711 1656-117, E-Mail: stuermer.t@diakonie-wuerttemberg.de

Impfpflicht für alle oder für niemand

Vor wenigen Tagen hat das Bundesverfassungsgericht die Klagen von betroffenen Mitarbeitenden aus dem Gesundheitswesen gegen die einrichtungsbezogene Impfpflicht endgültig abgewiesen. Nachdem die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht im Bundestag aber gescheitert ist und nachdem im Zuge des sinkenden Fallgeschehens nahezu alle allgemeinen Schutzmaßnahmen beendet wurden fordert die Diakonie Stetten in einem offenen Brief an die Bundes-Politik ein Ende der Ungleichbehandlung. Für die ohnehin schon stark belasteten Mitarbeitenden in den betroffenen Einrichtungen solle die einrichtungsbezogene Impfpflicht ausgesetzt werden.

Kernen-Stetten. In dem dreiseitigen Schreiben an Bundestagsabgeordnete aus der Region und an die Bundesminister Lauterbach und Heil erläutern die Vorstände Pfarrer Rainer Hinzen und Dietmar Prexl ihre Forderung. Viel Zeit und Energie habe die Diakonie Stetten von Anfang an investiert, um ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen und die Vorgaben für die Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht in Baden-Württemberg zu erfüllen. Dies trotz des erheblichen administrativen Aufwands, trotz der über längere Zeit unklaren Vorgaben, trotz des Unmuts in Teilen der Mitarbeiterschaft und trotz der potentiellen Risiken für die Betreuung der Menschen mit Behinderung oder Pflegebedarf durch von den Gesundheitsämtern ausgesprochene Tätigkeitsverbote für nicht geimpfte Beschäftigte.

Das Ziel dieser Impfpflicht, nämlich der Schutz vulnerabler Personengruppen, sei von Anfang an ein zentrales Ziel des Corona-Krisenmanagements in der Diakonie Stetten, das mit umfassenden Schutzmaßnahmen verfolgt wird. Neben anderen Maßnahmen habe die Diakonie Stetten mit zahlreichen Impfaktionen und hohem persönlichen Einsatz der Führungskräfte für eine stetig steigende Impfquote unter den Mitarbeitenden gesorgt, die zuletzt bei über 90% angelangt ist.

Von Anfang an habe die Diakonie Stetten aber klargestellt, dass eine einrichtungsbezogene Impfpflicht nur ein erster Schritt auf dem Weg zu einer allgemeinen Impfpflicht sein könne. Eine nur auf die Mitarbeitenden der betroffenen Einrichtungen bezogene Impfpflicht könne den Schutz vulnerabler Personengruppen alleine nicht leisten, da sowohl die Bewohner und Klienten selbst, als auch Besucher oder weitere Kontaktpersonen das Virus in die Einrichtungen tragen könnten. Auch hätten die Erfahrungen aus der Omikron-Welle gezeigt, dass eine Impfung weder zuverlässig vor einer eigenen Ansteckung schützt, noch die Ansteckung anderer Personen verhindert. Vulnerable Personen seien deshalb durch eine Impfpflicht nicht besser geschützt als durch andere Maßnahmen. Der vergleichsweise geringe Nutzen einer einrichtungsbezogenen Impfpflicht stehe somit auch nicht im Verhältnis zu dem hohen Aufwand, der für ihre Durchsetzung betrieben werden muss.

Auch nehmen die beiden Vorstände laut Schreiben deutlich wahr, dass die Mitarbeitenden ohnehin schon einen großen Teil der Last bei der Bewältigung der Pandemie zu tragen haben und nach mittlerweile über zwei Jahren Pandemie am Ende ihrer Kräfte angekommen sind. Erschöpfung und Frust der Mitarbeitenden zeige sich in deutlich ansteigenden Krankheitszeiten, aber auch in einigen Kündigungen. Für die Vorstände drängen sich aufgrund dieser Situation mehrere Fragen auf. Wörtlich heißt es in dem Schreiben: „Wieso werden die Einrichtungen weiter als „Sonderwelt“ behandelt, während überall sonst in der Gesellschaft praktisch keine Einschränkungen mehr gelten? Wie sollen wir diese Ungleichbehandlung seitens der Politik unseren Mitarbeitenden vermitteln? Ist der immense bürokratische Aufwand überhaupt noch zu rechtfertigen, wenn sich die Verfahren weiter hinziehen und die Impfpflicht zum Jahresende ohnehin ausläuft? Kann die Gesellschaft es sich angesichts des Fachkräftemangels und des drohenden Wiederanstiegs der Fallzahlen im Herbst überhaupt leisten, auf qualifizierte Fachkräfte zu verzichten? Soll die zu erwartende Verschärfung der Infektionslage im Herbst erneut auf dem Rücken der Betreuenden und Pflegekräfte ausgetragen werden, weil die Politik nicht zu einem Konsens über eine allgemeine Impfpflicht fähig ist?“

Die Vorstände beschließen ihren Appell an die Politik mit einer deutlichen Forderung: „Wir fordern Sie deshalb auf, rechtzeitig einen Neuanlauf zur Einführung einer allgemeinen Impfpflicht zu unternehmen oder - falls dies nicht geschieht - die einrichtungsbezogene Impfpflicht konsequenterweise ganz auszusetzen, um den Frust bei den ohnehin sehr belasteten Mitarbeitenden nicht weiter zu vergrößern und um allen Beteiligten den unverhältnismäßigen Mehraufwand zu ersparen. Mit dieser Forderung schließen wir uns den Forderungen anderer Verbände und Einrichtungen, aber auch den Forderungen von politischer Seite an, die bereits an die Adresse der Bundes- und Landesregierung gesendet wurden.“

Weitere Informationen: Diakonie Stetten, Steffen Wilhelm, Pressesprecher, Tel.: 07151 940-3102, E-Mail: steffen.wilhelm@diakonie-stetten.de.

Gebt der Pflege das Lächeln zurück!

Zum internationalen Tag der Pflege wird wieder geklatscht, geehrt, gedankt und beglückwünscht. Gleichzeitig wird der Pflege ein Lockdown aufgezwungen. Draußen feiern ungeimpfte Menschen ohne Abstand und Maske, drinnen werden gesunde, viermal geimpfte Pflegebedürftige eingesperrt. Das ist ungerecht, unsolidarisch, inakzeptabel – und muss sich dringend ändern.

Stuttgart. „Was für eine schöne, coronafreie Welt sehen wir doch, wenn wir auf Konzerte, Hochzeiten, Shoppingcenter und Sommerfeste schauen“, sagt Bernhard Schneider, Hauptgeschäftsführer der Evangelischen Heimstiftung. Und ganz egal, ob drinnen oder draußen: Es gibt keine Impfpflicht, keine Maskenpflicht, keine Abstandsgebote, keine Teststationen mehr. Wer verschnupft ist, geht zum Arzt, wer krank ist, bleibt zuhause. „Da draußen ist Corona quasi nicht mehr da“.

„Der schnellste Weg in eine Parallelwelt ist die Tür zum Pflegeheim“, sagt Schneider. Mitarbeitende und Besucher müssen ständig FFP2-Masken tragen, sich regelmäßig testen, viermal geimpfte Bewohner werden tagelang ins Zimmer eingesperrt, auch wenn sie keine Symptome haben – die sogenannte Kohortenisolation, in Worten der Gesundheitsämter. „Wir haben Menschen bei uns, die haben seit zwei Jahren kaum ein Gesicht, ein Lächeln gesehen, nur Masken“, ärgert sich Schneider, „das wirklich unerträglich“.

Die Heimstiftung fordert deshalb, dass auch die Pflege, wie alle anderen Bereiche, aus dem Lockdown rausgehen darf. Gesundheitsschutz und Wohlergehen haben selbstverständlich oberste Priorität. Pflegebedürftige haben aber auch ein Rechtsanspruch auf gesellschaftliches Leben, Begegnung und Gemeinschaft und man darf sie nicht auf ihren Schutzbedarf reduzieren. „Die Gesellschaft muss akzeptieren, dass auch alte, pflegebedürftige Menschen ein Grundrecht auf Teilhabe, Selbstbestimmung und Freiheit haben. Das darf ihnen niemand nehmen, nur, weil sie im Pflegeheim leben“, fordert Schneider.

Aus Sicht der Pflege ist die Ungleichbehandlung mittlerweile unerträglich, zuerst bei der Impfpflicht und nun bei den Schutzmaßnahmen. „Der Applaus zum Tag der Pflege wirkt wie reiner Zynismus“, erklärt Schneider, „Pflege braucht nicht nur Dankesworte, sondern endlich wieder das Zutrauen, eigenverantwortlich mit Corona umgehen zu können“. Wenn die Politik überall sonst auf die Vernunft und Eigenverantwortung der Menschen setzt – auch der ungeimpften – dann bitte auch für die Pflegenden, für die ja seit März die Impfpflicht gibt.

Es ist überall spürbar: Frust und Unverständnis nehmen zu, die Stimmung ist am Kippen. Deshalb fordert die Evangelische Heimstiftung, der Pflege die Eigenverantwortung zurückzugeben. Das bedeutet konkret: Keine generelle Maskenpflicht mehr für Mitarbeitende, sondern das Recht, eigenverantwortlich zu entscheiden, wann welche Maske erforderlich ist, etwa bei Infektionsgeschehen o. Ä. Und keine Pflicht mehr für die Mitarbeitenden, Besucher zu kontrollieren und zu testen. „Wir haben lang genug die Arbeit von Teststationen und Kontrolleuren gemacht und Berge von Bürokratie abgearbeitet“, sagt Schneider, „jetzt wollen wir uns endlich wieder um die Menschen kümmern dürfen“.

„Unsere Mitarbeitenden haben seit über zwei Jahren jede politische Entscheidung tapfer und loyal mitgetragen. Sie haben unmissverständlich unter Beweis gestellt, dass sie fundiert, situativ und verantwortlich entscheiden und handeln können“, sagt Schneider, „sie haben ein Recht auf ihre Eigenverantwortung und darauf, ihr Lächeln zu zeigen – der Tag der Pflege wäre ein guter Anlass, ihnen diese Rechte wieder zurückzugeben“.

Weitere Informationen: Evangelische Heimstiftung, Dr. Alexandra Heizereeder, Pressesprecherin, Tel.: 071163676-120, E-Mail: a.heizereeder@ev-heimstiftung.de

Die Engel der Diakonieschwesternschaft

Die Evangelische Diakonieschwesternschaft Herrenberg-Korntal startet den Tag der Pflege mit einem Fotoprojekt der besonderen Art.

Herrenberg. In den letzten Wochen und Monaten sind bei der Evangelischen Diakonieschwesternschaft in Herrenberg Engelsflügel der besonderen Art entstanden – geformt aus dem alltäglichsten Gegenstand in der Pflege, aus Schutzhandschuhen. Beteiligt an der Produktion waren nicht nur Auszubildende und Mitarbeitende, sondern auch Schwestern im Ruhestand. Die Engelsflügel dienen unseren Mitarbeitenden in den nächsten Wochen als Fotohintergrund. Start ist der heutige Tag der Pflege.

„Wir wollen kreativ sichtbar machen, dass unsere Mitarbeitenden immer wieder zu Engeln werden durch das, was sie jeden Tag im Dienst für unsere Bewohnerinnen und Bewohner, unsere Kundinnen und Kunden und für unsere Gäste tun. Sie leisten in der Pflege und Betreuung, in der Hauswirtschaft, im Service oder in der Verwaltung einen wertvollen Dienst an der Gesellschaft. Sie alle haben einen wichtigen und sinnstiftenden Beruf gewählt, der Respekt und Anerkennung verdient. Gleichzeitig wollen wir mit dem Fotoprojekt unsere Mitarbeitenden wertschätzen und ihnen bewusstmachen, dass sie immer wieder für andere zum Engel werden. „Du bist ein Engel – für die uns Anvertrauten, für Angehörige, für uns als Arbeitgeber“, sagt Heidrun Kopp, Oberin und Theologischer Vorstand der Evangelischen Diakonieschwesternschaft Herrenberg-Korntal.

Weitere Informationen: Marina Rapp, Referat für Öffentlichkeitsarbeit, Evangelische Diakonieschwesternschaft Herrenberg-Korntal e.V., Tel.: 07032 206-1221, E-Mail: m.rapp@evdiak.de.

Mariaberg feiert 175-jähriges Jubiläum

Seit 175 Jahren kümmert sich die diakonische Einrichtung Mariaberg aus Gammertingen um Menschen mit Behinderung und Benachteiligung. Waren es im Jahr 1847 13 Zöglinge mit denen die Arbeit aufgenommen wurde, kümmert sich die Einrichtung heute mit knapp 1750 Mitarbeitenden um rund 3000 Menschen mit Benachteiligungen in den Landkreisen Sigmaringen, Reutlingen, Zollernalb, Alb-Donau, Biberach, Stuttgart und Ulm. Mit einem Festgottesdienst unter Leitung von Landesbischof Frank Otfried July feierten Gäste aus der Region zusammen mit den Mariabergern das runde Jubiläum.

Gammertingen-Mariaberg. Per Video-Schaltung begrüßte der erkrankte Mariaberger Vorstand Rüdiger Böhm zunächst die Gäste in der Mariaberger Mehrzweckhalle. Zahlreiche Amtsträger aus den umliegenden Landkreisen, mehrere Landräte, Bürgermeister, Dekane sowie Vertreter aus dem öffentlichen und kirchlichen Bereich waren ebenso zu Gast, wie Mitglieder des Vereins Mariaberg, Klienten der Einrichtung und Mitarbeitende. Sigmaringens Landrätin Stefanie Bürkle, Oberkirchenrätin Prof. Dr. Annette Noller, Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg, Regierungsvizepräsident Dr. Utz Remmlinger und Gammertingens Bürgermeister Holger Jerg standen für den Festakt auf der Rednerliste. In seinem Grußwort führte Rüdiger Böhm die Gäste dann durch die wichtigsten Stationen der Einrichtungsgeschichte Mariabergs:

Im Jahr 1841 wurde der praktische Arzt Dr. Carl-Heinrich Rösch von der königlichen württembergischen Regierung beauftragt, im ganzen Lande Erhebungen über die Anzahl von Menschen mit Behinderung durchzuführen. Der König genehmigte im Dezember 1846 die Nutzung des leerstehenden Klostergebäudes in Mariaberg, nebst Kirche und Garten, für die zu errichtende Anstalt und in dem selben Monat wurde Dr. Rösch zum Vorstand gewählt.

Am 1. Mai 1847 wurde die neue Anstalt mit 13 Zöglingen eröffnet und am 06. Mai durch eine gottesdienstliche Feier eingeweiht. Leitziele der „Anstalt Mariaberg“ gab es auch 1847 schon. Die Ziele waren eine sehr gute ärztliche Versorgung der Zöglinge, ein differenziertes Schulsystem, eine qualifizierte Ausbildung der Zöglinge, eine gute wirtschaftliche Führung und eine klare „Unternehmensstrategie“.

Die Entwicklung der Heil- und Pflegeanstalt verlief fachlich, baulich rasant, die Anzahl der Heimbewohner*innen und Mitarbeitenden ist kontinuierlich gestiegen. Doch im Jahr 1940 wurde die positive Entwicklung durch die von Adolf Hitler veranlasste Aktion T4, durch die Euthanasie brutal gestoppt. Von den damals in Mariaberg wohnenden 210 Heimbewohner*innen sollten auf staatliche Anweisung 137 Personen in Grafeneck ermordet werden. Aufgrund intensiver und engagierter Verhandlungen der damaligen der Anstaltsleitung konnten 76 Heimbewohner gerettet werden. Aber 61 Bewohner mussten in den Tod gehen.

Nach dem Krieg entwickelte sich Mariaberg rasch weiter. Neue Gebäude für Bewohnerinnen und Bewohner entstanden, neue Aufgabengebiete auch im Bereich der Ausbildung und Beschulung wurden erschlossen. Die Zahl der Wohnplätze wurde ausgebaut. In verschiedenen fachlichen Bereichen nahm Mariaberg eine Vorreiterrolle ein.

Eine weitere fachliche Entwicklung folgte ab dem Jahr 2004. Die UN Behindertenrechtskonvention, sowie die Verwaltungsstrukturreform des Landes Baden-Württemberg waren dafür mit auslösend. In der Jugendhilfe folgten Aufbau und Ausbau von mobilen, ambulanten und stationären Angeboten. Die Regionalisierung von stationären Wohn- und Arbeitsangeboten in die Region, in die Landkreise forderte die Eingliederungshilfe. Die Differenzierung und Regionalisierung der Angebote der Kinder- und Jugendpsychiatrie waren eine weitere Konsequenz. Zum 175-jährigen Bestehen Mariabergs sind in der Einrichtung rund 1.750 hauptamtlichen Mitarbeitenden beschäftigt, die sich in 7 Landkreisen um knapp 3.000 Menschen mit Benachteiligung kümmern.

Der anschließende Gottesdienst wurde von Mariabergs Vereinsvorsitzendem Dekan Marcus Keinath eröffnet, für die musikalische Begleitung sorgte „Die Bläserei“. Die Festpredigt von Lan-

desbischof July befasste sich mit dem christlichen Menschenbild, das auch zentraler Bestandteil des Mariaberger Unternehmensleitbildes ist: „Gott hat jeden Menschen gemacht. Alle Menschen sind gleich und gleich viel Wert. Dies zeigt sich in der Arbeit Mariabergs. Hier wird jeder Mensch so angenommen, wie er ist.“

Im Anschluss an den Festgottesdienst moderierte Mariabergs Vorstand Michael Sachs die verschiedenen Grußwortbeiträge. Regierungsvizepräsident Dr. Remlinger lobte die Arbeit Mariabergs als „fachlich wegweisend für die Betreuung von Menschen mit Behinderung. Mariaberg zeigt, wie man für Offenheit und ein Miteinander einsteht“.

Auch Landrätin Bürkle fand nur positive Worte für den Einsatz Mariabergs in der Region: „Generationen von Menschen haben hier ihre Arbeitskraft und ihr Engagement eingesetzt, damit Menschen mit Behinderung an der Gesellschaft teilhaben können. Unternehmerische Weitsicht, fundierte Konzepte und tiefer Glaube prägen die Arbeit der beiden Vorstände und haben Mariaberg vorangebracht. Mariaberg ist ein Ort der Vielfalt, des Respekts, der Wärme – kurz, ein Ort der Menschlichkeit.“

Auch Oberkirchenrätin Annette Noller verwies darauf, wie wertschätzend in Mariaberg mit Menschen mit Benachteiligung umgegangen wird. „Die Würde des Einzelnen wird hier geschätzt und zur Grundlage der Arbeit gemacht. Mit fachlich innovativen Konzepten wie beispielsweise der Frühförderung war und ist Mariaberg wegweisend in der Behindertenhilfe. Auch dass Mariaberg das Gedenken an die im Nationalsozialismus ermordeten Menschen mit Behinderung hochhält, ist nicht selbstverständlich. Die Erinnerungsarbeit die hier geleistet wird, die Gedenkausstellung im Klostergebäude sind wichtig für unsere Gesellschaft.“

Mit einer 1,75 kg schweren Tüte mit Blumensamen beschenkte Gammertingens Bürgermeister Holger Jerg die Einrichtung und den Stadtteil Mariaberg. „Hiermit können Sie, passend zu 175 Jahren bunter, vielfältiger und blühender Arbeit, nun 175 qm Wiese in eine blühende und bunte Landschaft verwandeln.“

Mit einem anschließenden kleinen Empfang bedankte sich Mariaberg bei seinen Gästen. Für das restliche Jubiläumsjahr sind keine weiteren besonderen Festlichkeiten mehr geplant. „Wir wollten unser Jubiläum in aller Bescheidenheit feiern. Das erscheint uns unserer Arbeit und den aktuellen Gegebenheiten des Zeitgeschehens angemessen“, so Michael Sachs beim Abschluss der Veranstaltung. „Wir freuen uns aber darauf, nach zwei Jahren Abstinenz, am 03. Juli wieder unser traditionelles Familienfest ‚Mariaberger Tag‘ feiern zu können, zu dem alle Menschen in der Region schon jetzt herzlich eingeladen sind.“

Weitere Informationen: Mariaberg e.V., Robert Zolling, Stabsabteilung Kommunikation, Tel.: 07124 923-218, E-Mail: presse@mariaberg.de.

„Es war mir eine Freude, für die Menschen der Erlacher Höhe zu arbeiten.“

Bernd Messinger, kaufmännischer Vorstand der Erlacher Höhe, tritt nach 37 Berufsjahren im Dienst des diakonischen Sozialunternehmens in die Freistellungsphase der Altersteilzeit ein.

Großerlach. Im April 2022 ging in der Leitung der Erlacher Höhe eine Ära zu Ende: Bernd Messinger, kaufmännischer Vorstand der Erlacher Höhe, beendete nach mehr als 37 Jahren seine aktive berufliche Tätigkeit für die Erlacher Höhe und tritt in die Freistellungsphase der Altersteilzeit ein.

Sozialminister Manfred Lucha würdigte Bernd Messinger als eine Persönlichkeit, für die immer der Mensch und seine Bedarfe im Mittelpunkt standen. In einem Videogrußwort bei der Verabschiedung sagte er, die Erlacher Höhe sei 1985, als Messinger seinen Dienst angetreten habe, eine überschaubare Einrichtung der Wohnungslosenhilfe gewesen. Heute sei die Erlacher Höhe ein diakonisches Sozialunternehmen, das mit seinen zahlreichen Angeboten über 1600 Menschen, die Hilfe und Unterstützung benötigen, erreiche. Dies sei maßgeblich Bernd Messinger zu verdanken. „Die Erlacher Höhe ist für mich ein Leuchtturmbeispiel“, so Lucha. Unter Messingers Prägung sei auch die Ambulantisierung vorbildlich vollzogen worden. So habe sich die Erlacher Höhe von einer großen stationären Einrichtung zu einem Hilfeverbund regionaler Zentren der Hilfestellung entwickelt. Messingers Engagement habe nie im Beruf geendet. Sein umfassender, sozial-ökologischer Nachhaltigkeitsbegriff habe ihn in der Kommunalpolitik, im Kreistag, im Fachverband Wohnungslosenhilfe und in der Stiftung LebensWert immer stark ausgemacht.

Prof. Hans-Ulrich Weth, Vorsitzender des Verwaltungsrates des Diakonieverbunds Dornahof & Erlacher Höhe, sagte in seiner Laudatio, für Bernd Messinger sei es handlungsleitend gewesen, durch effizientes und nachhaltiges Wirtschaften bedarfsgerechte und qualitativ gute Hilfen für Menschen in sozialen Notlagen zu ermöglichen. „Bernd Messinger hat seine hohe fachliche Kompetenz und umfassende praktische Erfahrung mit einer von großem Verantwortungsbewusstsein getragenen Berufsauffassung, einem ziel- und sachorientierten Führungsverständnis und seiner wertschätzenden Haltung gegenüber Klienten und Klientinnen, Mitarbeitenden, Geschäftspartnern und Aufsichtsgremien über sein langes Berufsleben stets mit Leidenschaft zum Wohle der Unterstützung suchenden Menschen und der Erlacher Höhe eingesetzt“, so Weth.

Rems-Murr-Landrat Dr. Richard Sigel lobte Bernd Messinger als verlässlichen Partner für den Landkreis, als jemanden, der viel bewegt habe und mit dem man viel bewegen konnte. Daher sei er froh, dass Bernd Messinger als Kreisrat im Rems-Murr-Kreis noch weiterhin als Bindeglied fungieren werden. „Sie machen sich seit Jahrzehnten für Menschen in sozialen Notlagen stark. Sie setzen sich mit Nachdruck dafür ein, diesen Menschen eine neue Perspektive zu geben. Aber Sie haben dabei immer auch die Rahmenbedingungen und Zwänge im Blick gehabt. Das hat Ihre Arbeit erfolgreich gemacht“, betonte Sigel.

Gabriele Kraft, Geschäftsführerin des Fachverbands Wohnungsnotfallhilfe im Diakonischen Werk Württemberg, würdigte Bernd Messingers Engagement im Verbandsrat des Diakonischen Werks Württemberg und als stellvertretender Vorsitzender im Fachverband Wohnungsnotfallhilfe. Messinger sei ein „wahrer Kämpfer für die, die keine Lobby haben“ und dies „konsequent, fachlich überzeugend, hervorragend vorbereitet und charakterlich einwandfrei“. Peter Ruf, Vorstandssprecher des Diakonieverbunds Dornahof & Erlacher Höhe, betonte, Bernd Messinger habe „Diakonie gelebt“, und „die Erlacher Höhe als diakonische Einrichtung profiliert“.

Wolfgang Sartorius, geschäftsführender Vorstand der Erlacher Höhe, moderierte die Verabschiedung und dankte Bernd Messinger für den Weg, den man gemeinsam seit 1995 gegangen sei. Zusammen habe man „gangbare Wege für die Menschen der Erlacher Höhe gesucht“. Er erinnere sich, dass Bernd Messinger in den ersten, gemeinsamen Jahren gelegentlich überlegt habe, „ob die Zusammenarbeit gut gehen könne“, zumal Messinger bereits zehn Jahre bei der Erlacher Höhe tätig war, als Sartorius als Gesamtleiter seinen Dienst antrat. Er sei sehr froh, dass Bernd Messin-

ger sich damals entschieden habe zu bleiben. Seinen Dank an seinen Wegbegleiter schloss Sartorius mit den Worten: „Du bist ein Stück berufliches Glück meines Lebens. Vieles habe ich von dir gelernt.“

Bewegt dankte Bernd Messinger allen Kolleginnen und Kollegen, Mitarbeitenden, Wegbegleiterinnen und Wegbegleitern aus Diakonie, Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik, allen Geschäftspartnerinnen und Geschäftspartnern, Freundinnen, Freunden und seiner Familie. An Wolfgang Sartorius gerichtet betonte Messinger, das Erreichte sei nur „im Team und mit Teamgeist und gegenseitiger Wertschätzung möglich“ gewesen. „Es war mir eine Freude zusammen für die Menschen zu arbeiten, die bei der Erlacher Höhe Hilfe suchen.“

Am 1. Januar 1985 übernahm Bernd Messinger als junger Diplom-Betriebswirt im Alter von 24 Jahren die Aufgabe des Verwaltungsleiters. An der Seite des langjährigen Direktors Harald Huber und ab 1996 von Wolfgang Sartorius war er für den Bereich Verwaltung und Finanzen verantwortlich. Wegen der zunehmenden Bedeutung dieses Aufgabenbereichs berief ihn der Verwaltungsrat 2011 in die Funktion des kaufmännischen Geschäftsführers und 2016 als kaufmännischen Vorstand. Ehrenamtlich engagiert sich Bernd Messinger seit vielen Jahren parteipolitisch bei Bündnis 90/Die Grünen mit vielfältigen Funktionen und Aufgaben in der Kommunalpolitik, unter anderem als Kreisrat im Rems-Murr-Kreis und als Aufsichtsratsmitglied der Rems-Murr-Kliniken. Viele Jahre wirkte er ehrenamtlich im Verbandsrat des Diakonischen Werks Württemberg sowie im Fachverband Wohnungsnotfallhilfe des Diakonischen Werks Württemberg mit, im Fachverband unter anderem als stellvertretender Vorsitzender. Bernd Messinger ist verheiratet und hat zwei erwachsene Töchter.

Als kaufmännischer Geschäftsführer trat André Frank am 1. April die Nachfolge von Bernd Messinger an. Der 38-jährige Diplom-Ökonom war bisher als Leiter der Abteilung Zentrale Dienste der Erlacher Höhe tätig.

Weitere Informationen: Erlacher Höhe, Andrea Beckmann, Öffentlichkeitsarbeit, Tel.: 07193 57-171, E-Mail: Andrea.Beckmann@erlacher-hoehe.de

Kurznachrichten

Stuttgart/Ulm. Vom 3. bis 10. Juli 2022 findet die Woche der Diakonie unter dem Motto „Miteinander ins Leben“ statt. In der Woche der Diakonie wirbt die Diakonie Baden-Württemberg für ihre Arbeit. Rund 1.500 Kirchengemeinden sammeln für die diakonische Unterstützung von Menschen in Not. Besondere Gottesdienste und Veranstaltungen zeigen die Vielfalt diakonischer Angebote. Die Woche der Diakonie ist eine der größten Spendenaktionen in Baden-Württemberg. Eröffnet wird die Woche am 3. Juli um 10 Uhr mit einem Gottesdienst und anschließendem Fest auf dem Ulmer Münsterplatz. Dort präsentiert sich die Diakonie im Landkreis und ihren Einrichtungen mit einem bunten Bühnenprogramm und einem vielfältigen Standangebot.

Böblingen. Fortis e.V. feiert 50-jähriges Jubiläum. Das bedeutet 50 Jahre Eingliederungshilfe für Menschen mit psychischer Erkrankung oder Abhängigkeitserkrankung sowie Wohnungslosenhilfe und Straffälligenhilfe im Landkreis Böblingen. Der Verein ist aus dem im Jahr 1971 in Herrenberg gegründeten Arbeitskreis „Resozialisierung“ hervorgegangen. Viele Jahre lautete der Name „Sozialer Arbeitskreis im Landkreis Böblingen e.V.“, bevor im Jahr 2006 der Name in Fortis e.V. geändert wurde, der sich aus Leitgedanken ergibt, die die Arbeit beschreiben: Für Orientierung, Teilhabe, Integration und Solidarität. Die Einzigartigkeit und die unantastbare Würde eines jeden Menschen und sein Recht auf ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben in der Gesellschaft sind die Grundlage der Arbeit. Die rund 110 Mitarbeitenden von Fortis beraten, unterstützen und begleiten erwachsene Menschen mit dem Ziel, ihre Handlungsmöglichkeiten in größtmöglicher Selbstbestimmung zu erweitern. Die Leistungen von Fortis erreichen im Jahr über 1000 Menschen. Fortis unterhält im gesamten Landkreis Böblingen 26 Einrichtungen und 8 Dienste.

Stuttgart. Staatssekretär Dr. André Baumann und weitere Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Landesverwaltung haben sich ein Bild davon gemacht, was Freiwillige bei einem FÖJ machen, indem sie mehrere Einsatzstellen für junge Menschen im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) der Diakonie Württemberg besucht haben. Freiwillige im Naturschutzgebiet Taubenried in Pfullendorf, der Behindertenhilfe einer Bioland-Gärtnerei in Wilhelmsdorf und des Biohofs Göhring bei Mengen machten den Besuch der Politiker zu einer lebhaften Erfahrung, indem sie von ihrer Arbeit berichteten und ihnen ihre vielseitigen Tätigkeiten wortwörtlich begreiflich machten: Beispielsweise durften die Besucher ein Huhn auf den Arm nehmen. Dr. André Baumann ist Staatssekretär des Umweltministeriums. Er erzählte begeistert Anekdoten aus seinem Zivildienst beim Naturschutzbund und betonte den großen Wert von FÖJs.

Stuttgart. Die Angst des Krieges erlebt, geflüchtet und noch fremd in der neuen Umgebung: Mütter mit kleinen Kindern aus Kriegsgebieten wie der Ukraine stehen vor vielen Herausforderungen. Eine davon ist, dass ihre Kinder gerne mit Anderen spielen möchten. Mitarbeitende der Kindertagesbetreuung eva:lino haben die Initiative ergriffen: Ab sofort macht die Evangelische Gesellschaft (eva) geflüchteten und nicht-geflüchteten Kindern sowie deren Begleitpersonen ein offenes, kostenfreies Spiel-Angebot in der Stadtmitte und in Stuttgart-Nord. Das Angebot mit dem Motto „Wir spielen zusammen!“ wird durch Hilfe für den Nachbarn und credit plus unterstützt. Dienstag- und Donnerstagnachmittags können geflüchtete Kinder ab einem Alter von etwa einem Jahr entspannt auf den Außenflächen und in Teilen der Innenräume von zwei eva:lino KiTas spielen – gemeinsam mit nicht-geflüchteten Kindern, die ebenfalls herzlich willkommen sind. Hier können sie gemeinsam mit den Eltern Sandburgen bauen, Bobby-Car-Rennen machen, malen, basteln sowie neue und altbekannte Spiele ausprobieren. Wenn Durst und Hunger kommen, werden kostenlose Getränke und kleine, gesunde Snacks angeboten. Betreut werden sie von Ehrenamtlichen, die überwiegend aus eva:lino Fachkräften bestehen. Die Kinder können mit ihren Eltern ohne Anmeldung dienstags zwischen 17 und 19 Uhr in die eva:lino-KiTa in Stuttgarts Stadtmitte kommen, Gymnasiumstraße 42. Oder donnerstags zur gleichen Zeit in die eva:lino KiTa in Stuttgart-Nord Goppelstraße 17. Das Angebot läuft zunächst bis zu den Sommerferien. Fragen dazu beantwortet Silke Banning unter Telefon 0711 2054-297 oder silke.banning@eva-stuttgart.de.

Personalnachrichten

Dr. Tobias Staib, Fachlicher Vorstand der BruderhausDiakonie, löst den Kaufmännischen Vorstand Andreas Lingk in der Funktion als Vorstandsvorsitzender ab. Der Stiftungsrat, das Aufsichtsgremium der BruderhausDiakonie, hatte vor zwei Jahren einstimmig beschlossen, die Funktion des Vorstandsvorsitzenden der gemeinnützigen Stiftung BruderhausDiakonie alle zwei Jahre unter den drei Vorständen rollieren zu lassen. Entsprechend berief der Stiftungsrat in seiner Frühjahrssitzung 2022 einstimmig einen neuen Vorstandsvorsitzenden. Ab dem 1. Juni 2022 ist Dr. Tobias Staib, Fachlicher Vorstand der BruderhausDiakonie, neuer Vorstandsvorsitzender. „Wer diese Funktion innehat“, erläutert Professor Martin Beck, Vorsitzender des Stiftungsrats, „leitet die wichtigsten Führungsgremien in der BruderhausDiakonie und ist erster Ansprechpartner für externe Anfragen aus Wirtschaft, Politik, Kirche und Gesellschaft.“ Dr. Tobias Staib, seit 2012 in der BruderhausDiakonie tätig, verantwortet als Fachlicher Vorstand die strategische Weiterentwicklung aller fünf Fachbereiche, bestehend aus Altenhilfe, Behindertenhilfe, Sozialpsychiatrie, Jugendhilfe sowie Arbeit und berufliche Bildung.